Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 60 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5,50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 216 | Donnerstag, den 15. September 1921 | 49. Jahrgang

1 Dollar = 109 Mark.

Der Kurs für amerikanische Devisen ist jetzt auf 109 Mark für den Dollar angelangt und damit auf einen Stand, der noch unter dem bisher tiefsten vom 27. Januar 1920 liegt. Dabei handelt es sich dieses Mal leider nicht um eine vorübergehende Erscheinung. Warum die Lage jetzt besonders ernst ist, das untersucht Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung". Es ist nicht so ganz einfach, diese plötzliche Abwärtsbewegung zu erklären. Zwar gibt es Gründe genug, die die Tendenz der Mark nach unten begreiflich erscheinen lassen. Die allgemeine Situation Deutschlands ist so schwierig, daß sie irgend einen Vergleich aus der Weltgeschichte kaum findet. Die Verpflichtung dauernder Goldzahlungen an das Ausland bei einer vorläufig stark passiven Zahlungsbilanz macht, daß überwiegende Nachfrage nach fremden Devisen gegenüber dem Angebot zu einer Dauererscheinung wird. Selbst wenn es gelingt, die Zahlungsbilanz zu bessern oder gar einmal aktiv zu machen, so wird das erst in einer fernen Zukunft der Fall sein können. Inzwischen aber wirkt die Geldentwertung gegenüber dem Ausland auf alle inneren Verhältnisse zurück: die Löhne steigen, die Preise verteuern sich weiter, und dadurch wird das Loch im Reichsbudget beinahe von Tag zu Tag größer. Diesem sich automatisch vollziehenden Vorgang gegenüber sind alle Finanzreformversuche von der Art, wie sie augenblicklich angestellt werden, vollkommen machtlos. Und niemand vermag heute abzusehen, wie dieses Riesenproblem schließlich wird gelöst werden können. Man kann es deshalb verstehen, daß die deutsche Valuta niedrig steht. Aber das alles erklärt noch nicht, weshalb gerade im Augenblick ein panikartiger Zustand ausgebrochen ist. Es werden zwar eine ganze Reihe von Gründen angeführt. Aber Gründe sind feil wie Brombeeren. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß bei allem Zweifel der Lage in Deutschland die augenblickliche Panik auf dem Markt der deutschen Valuta durch eine ganz zügellose Spekulation hervorgerufen wird. Wenn es gelingt, dieser Ausschreitungen Herr zu werden, so kann sich daraus allerdings jene Katastrophe sehr schnell entwickeln, die vielleicht noch aufhaltbar ist, wenn die Besonnenheit wiederkehrt. Man braucht nur daran zu denken, daß augenblicklich in Deutschland eine recht große Menge von Milliarden an ausländischen Guthaben vorhanden ist. Wenn es erst gelingt, das Vertrauen des Auslandes so weit zu erschüttern, daß diese Milliarden zurückgezogen werden, wenn ferner ein weiterer rapider Rückgang der Mark womöglich auch in den Augen der deutschen Kleingeschäftsleute und Geldempfänger das deutsche Geld als Zahlungsmittel vollkommen ausscheidet, so muß das schließlich zu den schwersten Erschütterungen wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Art führen. Niemand vermag heute mit einiger Genauigkeit anzugeben, wie groß der Wert der Mark reell noch ist. Ihre Bewertung im Ausland hängt zum größten Teil von Vertrauensmomenten ab. Das Vertrauen ist an sich schon eine besonders zarte Pflanze. Aber wie kann man schließlich vom Ausland Vertrauen verlangen, wenn von Deutschland her dauernd das Alarmsignal gegeben wird. Der Kampf gegen die Zügellosigkeit der Spekulation, der dringend notwendig geworden ist, muß aber völlig ergebnislos bleiben, wenn die außerordentlichen Schwierigkeiten von Deutschlands Lage dauernd auch noch durch die deutsche Innenpolitik erschwert werden. Daß gerade in solcher Zeit Bayern gegen das Reich im Kampf aufmarschiert, daß in so schweren Tagen die Agitation von der extremen Rechten her mit einer Skrupellosigkeit geführt wird, wie sie noch nicht dagewesen ist, das ist ein Zeichen für das geringe Maß von Verantwortungsgefühl, das zurzeit in Deutschland herrscht. Wir sagen das nicht, um von neuem Anklage zu erheben und um Schuld und Mitschuld irgend wohin zu verteilen, sondern um zu warnen und alle, die dazu beitragen können, zu mahnen, die Kräfte der Parteien und der Volksstämme zu einer Einheit zu sammeln. Es ist ein sehr bequemer Ausweg augenblicklich, auf die Spekulanten zu schimpfen und selbst alles zu tun, um durch Vermehrung der inneren Zersplitterung das beste Fundament für die Erfolge der Spekulation zu geben. Besonders merkwürdig mutet das aber von solchen Parteien an, die, wie zum Beispiel auch die Mehrheitssozialdemokratie, als sie am Ruder war, nichts getan haben, um den schlimmsten Schiebern und jenen Spekulanten, die nur ihr eigenes Interesse im Auge hatten, das Handwerk auch nur zu erschweren. Damals wurden die Verhältnisse geschaffen, die die schnelle Verwüstung Deutschlands überhaupt erst möglich machten. Die Partei war damals zu jung, um die Verhältnisse im vollen Umfange zu übersehen. Aber jetzt sollte sie genug gelernt und eingesehen haben, daß sie garnicht genug Bundesgenossen finden kann, die bereit sind, die schwere Verantwortung für die Zukunft mit ihr zu teilen."

Preußen und Bayern eine Einheitsfront.

Die München-Augsburger Abendzeitung will aus Berlin von ganz zuverlässiger Seite gehört haben, daß die preußische Regierung durch den Ministerpräsidenten Stegerwald, die von der bayrischen Regierung und vom bayrischen Landtag formulierte Forderung auf Aenderung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. 8. auf das wärmste unterstützt habe, so daß Preußen und Bayern in der Frage eine Einheitsfront bilden. Wie aus München gemeldet wird, hat die bayrische Volkspartei Dienstag zwei Fraktionssitzungen abgehalten, von denen die zweite in den Abendstunden noch andauerte. Nach dem Ergebnis der Beratungen könne schon jetzt mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß die bayrische Volkspartei an von Kahr nicht mehr mit dem Ersuchen herantreten wird, auf seinem Posten zu verbleiben. Da auch die Demokraten sich an einem neuen Kabinett von Kahr nicht mehr beteiligen wollen, sei also schon jetzt mit Sicherheit zu sagen, daß eine Rückkehr Kahrs nicht zu erwarten sei.

Abg. Held verteidigt sich.

Der ständige Landtagsausschuß trat gestern nachmittag 3 Uhr in München zu einer Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Präsident Königsbauer ein Schreiben des Ministerpräsidenten Kahr bekannt, in dem dieser den Rücktritt des gesamten Ministeriums mitteilt. Der Präsident fügte hinzu, er habe auf Donnerstag nachmittag 4 Uhr eine Sitzung des Aeltestenrates einberufen, die sich mit der Frage beschäftigen werde, wann die nächste Plenarsitzung stattfinden solle, um die Wahl des Ministerpräsidenten und die Bestätigung eines neuen Ministeriums vorzunehmen. Abg. Held wandte sich in einem Protest gegen die Beschlüsse des ständigen Ausschusses und bemerkte dann, es werde in der Presse die Behauptung aufgestellt, daß er den Ministerpräsidenten gestürzt habe. Zum Beweise dafür werde angeführt, daß schon seit einiger Zeit zwischen ihm und von Kahr tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestanden und daß er beim Katholikentage in Frankfurt mürbe gemacht worden sei. In Frankfurt habe er überhaupt mit niemanden ein Wort über Politik gesprochen. Mit Herrn Kahr sei er in allen größeren Fragen durchaus einig gegangen. In einem sozialistischen Blatt werde behauptet, er habe den Ministerpräsidenten deshalb gestürzt, um selbst sein Nachfolger zu werden. Er müsse hierzu bemerken, daß er nach der Revolution schon mehr als einmal Gelegenheit hatte, Ministerpräsident zu werden, es aber grundsätzlich jedesmal abgelehnt habe. Kurz vor der Revolution hatte er sich lediglich unter äußerstem Zwang der Verhältnisse dazu herbeigelassen. Abg. Timm (Soz.) erklärte, er sei überzeugt, daß Held bei den letzten Entscheidungen nur aus rein sachlichen Gründen gehandelt habe. Wohl in keiner Situation hatten bisher der Landtag und besonders auch die Mitglieder der Oppositionsparteien eine solche Toleranz an den Tag gelegt, wie bei den letzten Vorgängen, wo man sich direkt von den Vertretern der Regierung habe brüskieren lassen. Abg. Held (Bayr. Vp.) ersucht, den Ausdruck „brüskieren" nicht aufrechtzuerhalten. Er selbst sei es gewesen, der den Ministerrat ersuchte, möglichst noch am Samstag nacht zu einer Entscheidung zu kommen. Abg. Neumann (U.) behauptet ebenfalls, daß es sich um ein illoyales Verhalten dem Landtage gegenüber gehandelt habe. Abg. Held wandte sich auch gegen diese Bezeichnung. Der Ausschuß trat dann in die Tagesordnung ein und befaßte sich mit den Vorgängen in München, Nürnberg und Koburg.

Kein Komplott zur Ermordung Erzbergers.

(TU) Nach den bisherigen Erhebungen haben sich, wie aus weiteren Mitteilungen des badischen Generalstaatsanwalts hervorgeht, Anhaltspunkte für ein förmliches Komplott zur Ermordung Erzbergers nicht ergeben. Herr Dr. Heims veröffentlichte in den „Münchener Neuesten Nachrichten" eine Erklärung, worin es heißt, daß Schulz und Tylesen vorübergehend auf ein Jahr als Volontäre in den Betrieben waren, die Dr. Heims unterstanden. Dr. Heims war überhaupt stets bemüht, ehemalige Offiziere unterzubringen und zu versorgen. Nach Verlauf eines Ausbildungsjahres seien die Herren vor ungefähr einem halben Jahr wieder ausgetreten. Dr. Heims betonte, daß er während der einjährigen Dienstzeit weder mit Schulz noch mit Tylesen irgend welchen Verkehr hatte.

Zum Morde Erzbergers wird dem Wolff-Büro mitgeteilt: Durch das tatkräftige Zugreifen der badischen, württembergischen und bayerischen Kriminalbeamten ist es gelungen, eine Anzahl Personen zu verhaften, die nach den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung in Beziehungen zu den Tätern gestanden haben. Es handelt sich um 7 Personen, meist aktive oder Reserveoffiziere, die größtenteils der Marine angehörten und sich teils seit Wochen, teils kurze Zeit in München angeblich zu Studienzwecken aufhielten. Es sind dies Manfred v. Killinger, Erhard Kautter, Adolf Hoffmann, Herbert Müller, Fritz Otte, Heinrich Karl Schilder und Johann Leue. v. Killinger ist beschuldigt, um den Mördern die Flucht zu erleichtern, deren Gepäck bei sich aufbewahrt zu haben. Die übrigen Beschuldigten sind verdächtigt, in den Plan der beiden Täter eingeweiht gewesen zu sein, aber trotzdem keine Anzeige erstattet zu haben, sodaß Tylesen und Schulz den Mord ausführen konnten. Weiter sind zwei Personen festgenommen worden, es wurde aber kein Haftbefehl erlassen. Diesen wird Mitwisserschaft zur Last gelegt. Bis jetzt ergibt sich nicht der geringste Verdacht, daß an der Vorbereitung der Tat und an der Ausführung und der Hilfe zur Flucht der Mörder bodenständige Münchener oder Bayern beteiligt waren.

Im ganzen 10 Personen verhaftet.

Bis zum Mittwoch abend sind in der Mordaffäre Erzberger im ganzen 10 Personen verhaftet worden, und zwar neun in München und eine auf der Fahrt von Augsburg nach München. Gegen sämtliche ist Haftbefehl erlassen worden. Außer den bereits aufgeführten sieben Verhafteten befinden sich jetzt noch in Haft der Student Klintsch, der Student Wilh. Vollinger und der Student Karl Siebel. Sämtliche Verhaftete werden demnächst nach Offenburg gebracht, um dort dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden, auch der auf der Fahrt von Augsburg nach München verhaftete Student Vollinger. Die Polizei hatte Kenntnis erhalten, daß Klintsch den Vollinger in München am Bahnhof erwartete, um ihn zu warnen. Sie nahm Klintsch am Bahnhof fest, um ein Zusammentreffen mit Vollinger zu verhindern. Vollinger besaß unter der Firma einer Holzverwertungsgesellschaft in der Trautenwolfstraße eine Wohnung von 3 Zimmern. Die Mitteilung, daß von außerbayrischer Polizei bei Dr. Heim Haussuchungen gehalten worden seien, um ihn in die Angelegenheit mit hineinzuziehen, ist, wie der badische Generalstaatsanwalt mitteilt, völlig aus der Luft gegriffen. Die Haussuchungen galten nicht Dr. Heim, sondern Schulz und Tilessen, die in Regensburg bei Dr. Heim studierten. Es wurde lediglich das Zimmer durchsucht, in dem die beiden gewohnt hatten. Daß von Killinger dem Schulz zur Flucht verholfen hat, ist dadurch erwiesen, daß er ihn im Auto zur Bahn brachte. Die badische Polizei ist zur Zeit mit der Durchsuchung der beschlagnahmten Papiere der Verhafteten beschäftigt. Bei der Haussuchung wurde auch ein Revolver gefunden. Gestern abend traf bei der Generalstaatsanwaltschaft ein Schreiben aus Italien ein, das in italienischer Sprache die kurze Mitteilung enthält: „Halten uns in Mailand auf." Der Brief hat keine Unterschrift. Es muß erst untersucht werden, ob es sich um eine Mystifikation handelt. — Nach einer Mitteilung des Reichswehrministers befinden sich unter den Personen, die in angeblicher Beziehung zur Ermordung Erzbergers stehen, keine, die der Reichsmarine noch angehören.

Oberleutnant Tillessen.

(TU) Der „Köln. Volksztg." wird vom Kölner Polizeipräsidium mitgeteilt: Der angeblich an der Ermordung Erzbergers beteiligte Tillessen ist am 27. November 1894 in Köln-Lindenthal geboren. Er zog im Juli 1896 mit seinen Eltern nach Koblenz. Der Vater war seinerzeit Oberstleutnant beim Feldartillerieregiment v. Holtzendorff. Von Koblenz siedelte die Familie nach Metz über, nachdem Oberstleutnant Tillessen inzwischen zum Artillerieinspekteur und General befördert worden war. Inzwischen nahm Tillessen seinen Abschied und starb kurze Zeit später. Es liegt die Annahme nahe, daß der in der Marinerangliste von 1918 verzeichnete Oberleutnant Tillessen, der am 1. April 1912 bei der Marine eingetreten war, vermutlich der Komplize des Mörders Erzbergers ist. Dieser Oberleutnant z. See Tillessen soll in Biesenthal (in der Mark Brandenburg) wohnhaft sein.

Selbststellung eines Mörders Erzbergers?

(TU) Beim Justizsekretär Eckermann in der Kirchstraße in Potsdam erschien gestern abend ein Herr, der sich als Leutnant Kurt Hütter ausgab und klipp und klar erklärte, einer der Mörder Erzbergers zu sein. Zunächst erregte die Selbststellung Befremden. Als aber der Unbekannte angab, daß er früher mit Eckermann gearbeitet habe, bittet er um Reisegeld, um seine Flucht fortsetzen zu können. Daraufhin veranlaßte Eckermann ohne Widerrede des Betroffenen die Festnahme des Mannes. Er wurde zur Kriminalpolizei gebracht und von dem Oberkommissar Steinauer eingehend verhört. Er blieb bei seiner Behauptung und gab so in kurzem Auskunft, als er sagte, er sei schon nach der Tschecho-Slowakei gereist und nach Berlin zurückgekehrt, weil ihm die Mittel ausgegangen seien. Seine letzte Hoffnung sei Eckermann gewesen. Er bittet nunmehr, sofort dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden. Die Kriminalpolizei behandelt den Vorgang zunächst als ernsthaft und wird die Vorführung vor dem Oberstaatsanwalt veranlassen. Im Besitz des Verhafteten hat man Papiere gefunden mit dem Stempel „Arbeitsgemeinschaft Rübezahl."

Ueber die Selbststellung des angeblichen Leutnants Kurt Hütter berichten die Blätter, daß der in Haft Genommene den Namen Hütter wahrscheinlich zu Unrecht führt. Auch sei es unwahrscheinlich, daß er früher Offizier gewesen ist. Wahrscheinlicher sei die Annahme, daß es sich um einen dem Handwerkerstand angehörenden Mann handelt, der offenbar besondere Gründe hat, den Verdacht auf sich zu lenken. Die Beschreibung der Mörder paßt auf ihn nicht.

Reichsbürgerrat und Reichskanzler.

Eine Abordnung des Präsidiums des Reichsbürgerrates unter Führung des Staatsministers von Loebell überreichte gestern nachmittag dem Reichskanzler eine Resolution des Reichsbürgerrates. Die Erklärung der Vertreter des Reichsbürgerrates, nach allen Richtungen versöhnend wirken und positive Mitarbeit beim Wiederaufbau Deutschlands leisten zu wollen, nahm der Reichskanzler dankend entgegen. In einer Schilderung der gegenwärtigen politischen Lage begründete der Reichskanzler die Notwendigkeit der letzthin ergangenen Verordnungen. Die Aussprache schloß mit der Erklärung des Staatsministers von Loebell, daß die Vertreter des Reichsbürgerrates mit den vom Reichskanzler vorgetragenen Grundanschauungen einverstanden seien. Sie hoffte, daß durch gemeinsame Arbeit das gewünschte Ziel der Beruhigung der politischen Lage erreicht würde.

Die Kosten der Wohnungs-Zwangswirtschaft.

(A.H.) Die Sozialisierungskommission hat das Ergebnis ihrer Beratungen über die Wohnungsfrage veröffentlicht. Beim Studium der Berichte ergibt sich, daß zwar die Mehrheit einen Abbau der Zwangswirtschaft für erstrebenswert hält, daß eine beträchtliche Minderheit aber aus theoretischen Erwägungen heraus immer noch an dem Dogma der Beibehaltung der Zwangswirtschaft — des besseren Eindrucks halber Sozialisierung genannt — festhält. Ob sie an die durch die Wohnungszwangswirtschaft dem Staat entstehenden Kosten gedacht hat — von allen anderen sehr üblen Nebenwirkungen sei hier abgesehen —, erscheint allerdings fraglich.

Der Wert des städtischen Hausbesitzes in Deutschland kann auf 1000 bis 1200 Milliarden Papiermark geschätzt werden; ein Viertel von ihm bleibt ertraglos und unterliegt deshalb der Einkommenbesteuerung nicht, weil die zwangswirtschaftliche Festsetzung der Mieten einen angemessenen Ertrag nicht aufkommen läßt. Dadurch entsteht ein Ausfall von 15 bis 18 Milliarden Mark jährlich, der die Einkommensteuer um 1,5 bis 1,8 Milliarden Mark sich vermindern läßt. Weitere steuerliche Ausfälle entstehen bei der Umsatzsteuer infolge des Minderverbrauchs an Baumaterial. Allein an Ziegeln wurden vor dem Kriege rund 15 Millionen Stück jährlich verbraucht; bei einem Preis von rund 300 Mark für 1000 Stück würde der Umsatz sich auf rund 4,5 Milliarden Mark jährlich belaufen; die Umsatzsteuer von 3% würde eine Einnahme von 135 Millionen Mark ergeben, die jetzt wegen des Darniederliegens des Baumarktes fast ganz in Wegfall kommt. Da der Kostenanteil der Ziegelsteine mit 5—10% der ganzen Bausumme anzusetzen ist, ist der Gesamtausfall an Umsatzsteuer auf einen rund 15mal höheren Betrag zu veranschlagen. Aehnliche Einbußen ergeben sich für die Besitzsteuern (Grundsteuern, Reichsnotopfer, Stempelabgaben, Vermögenszuwachssteuer usw.). Infolge der durch das Festhalten an der Zwangswirtschaft hervorgerufenen Unrentabilität der Häuser rechnen Besitzwechsel zu den Seltenheiten. Würde dagegen durch Abbau der Zwangswirtschaft eine allmähliche Werterhöhung eintreten, könnte das Reich infolge der gesteigerten Besteuerungsmöglichkeit sehr erhebliche Mehreinnahmen erzielen.

Das Darniederliegen des Baumarktes infolge der Zwangswirtschaft verursacht dauernde Arbeitslosigkeit für mindestens rund dauernd 70 000 Arbeiter. Wenn diese nur 10 Mark Unterstützung täglich, also 3600 Mark jährlich, erhalten, so beläuft sich die gesamte Arbeitslosenunterstützung auf ungefähr 230 Millionen Mark jährlich, die sich durch die Familienunterstützung sicher auf 350 Millionen Mark erhöht. Wenn durch Lockerung der Zwangswirtschaft neue Arbeitsgelegenheit geschafft wird, so kommen nicht nur nicht die Millionenbeträge für Arbeitslosenunterstützung in Wegfall, sondern es ergeben sich darüber hinaus für das Reich aus den Arbeitslöhnen neue Einkommensteuererträge, die auf mindestens 150 Millionen jährlich berechnet werden können.

Zu den hier wiedergegebenen Ziffern kommen noch die in die Milliarden gehenden Beträge, die aus den verlorenen Baukostenzuschüssen, aus den personellen und sachlichen Ausgaben für die Durchführung der Zwangswirtschaft stammen, sowie für die Ausfälle, die indirekt aus dem Darniederliegen des Baumarktes sich ergeben. Insgesamt werden die direkten und indirekten Kosten der Zwangswirtschaft auf dem Baumarkte auf mehrere Milliarden Mark jährlich veranschlagt werden können.

Selbstverständlich ist ausgeschlossen, die Zwangswirtschaft mit einem Schlage zu beseitigen. Um einen allmählichen Abbau kommen wir aber nicht herum. Denn dauernde Milliarden-Aufwendungen für die Wohnungs-Zwangswirtschaft, mit der kein Mensch mehr zufrieden ist, sind wirklich unerträglich.

Westfalen und Rheinland.

Was sind und was leisten die Versorgungsbehörden?

Kamen, 15. Sept. Mit dem Ausdruck Versorgungsbehörden bezeichnet man im allgemeinen die Hauptversorgungsämter und die Versorgungsämter. Sie sind zwar aus früheren militärischen Einrichtungen hervorgegangen, sind aber völlig in bürgerliche Verwaltungsbehörden umgewandelt und unterstehen der Aufsicht des Reichsarbeitsministers. Mit militärischen Angelegenheiten werden sie in keiner Weise befaßt. Sie sind keine Kriegsgesellschaften, haben auch mit der Lebensmittelversorgung nichts zu tun. Ihr Aufgabenkreis ist die Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen. Für die Beurteilung des von ihnen zu bewältigenden Arbeitsmaßes mögen folgende Zahlen aus dem Reichshaushaltsplan für 1921 dienen. Es sind dort ausgeworfen

für Renten der ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht	2 519 181 000 ℳ,
für Renten der Hinterbliebenen	2 909 317 500 ℳ,
für einmalige Abfindungen	175 410 000 ℳ,

also zusammen mehr als 5½ Milliarden. Dazu kommen noch

für Teilbehandlung	576 000 000 ℳ

Mehr als 6 Milliarden werden also durch die Versorgungsbehörden ihrer Verwendung zugunsten der Teilnehmer des letzten Weltkrieges und ihrer Hinterbliebenen zugeführt. Im Haushaltsjahr 1922 ist mit einer nicht unerheblichen Steigerung der vorstehenden Beträge zu rechnen.

*

Kamen, 15. Sept. (Verschiedenes.) Der Reichsarbeitsminister hat angeregt, nach dem Muster einiger Länder im Interesse der Kriegs- und Friedensblinden auf die Kreise und Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie in ihre Hundesteuerordnungen eine Befreiungsvorschrift für Führerhunde von Kriegs- und Friedensblinden aufnehmen. In einer Reihe von Ländern, so in Mecklenburg-Schwerin und Hamburg, ist bereits eine derartige Steuerfreiheit für alle Hundehalter, welche körperlicher Gebrechen wegen oder aus ähnlichen Gründen Hunde zu ihrer Sicherheit nicht entbehren können, gesetzlich vorgesehen. Es ist zu hoffen, daß die Gemeinden dieser Anregung, die auch einem von Blinden geäußerten Wunsche entspricht, nachkommen werden.

(Preistafeln in den Gasthäusern.) Nach einer mit Zustimmung des Provinzialrates für den Umfang der Provinz Westfalen erlassenen Verordnung sind seit dem 1. ds. Mts. die Gastwirte verpflichtet, ein Verzeichnis der von ihnen für Unterkunft, Bedienung, Heizung und Beleuchtung geforderten Preise bei der Ortspolizeibehörde einzureichen und in den Fremdenzimmern anzuschlagen. Die Preise dürfen jederzeit abgeändert werden, bleiben aber so lange in Kraft, bis die Aenderung der Polizeibehörde angezeigt und das abgeänderte Verzeichnis in den Fremdenzimmern angeschlagen ist.

(Freiwillige Beiträge zur Angestelltenversicherung.) Die Behörden der Angestelltenversicherung haben bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß solche Angestellte, die auf Grund eines Lebensversicherungsvertrages nach § 390 des Versicherungsgesetzes für Angestellte von der eigenen Beitragsleistung befreit sind, nach ihrem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung freiwillige Beiträge nur in halber Höhe entrichten dürfen. Eine kürzlich vom Oberschiedsgericht für Angestelltenversicherung getroffene Entscheidung ändert diesen Standpunkt. Hiernach sind von der eigenen Beitragsleistung befreite Versicherte nach dem Ausscheiden aus versicherungspflichtiger Beschäftigung berechtigt, freiwillige Beiträge in voller Höhe bis zu der Gehaltsklasse zu zahlen, die dem Durchschnitt der letzten 6 Pflichtbeitragsklassen entspricht oder am nächsten kommt. Es ist den Angestellten sogar zu empfehlen, nicht halbe, sondern volle Beiträge zu zahlen, da noch nicht endgültig darüber entschieden worden ist, ob die Zahlung halber Beträge während der freiwilligen Versicherung überhaupt zur Erhaltung der Anwartschaft genügt. In Zweifelsfällen empfiehlt es sich, Rat beim Rentenausschuß der Angestelltenversicherung in Berlin-Wilmersdorf, Nikolsburgerplatz 2 einzuholen.

Nach Mitteilung landwirtschaftlicher Sachverständigen ist in verschiedenen Orten der Kartoffelkrebs aufgetreten, auch in er in Holstein, Pommern und Posen wahrgenommen worden. Es wird auf folgende **Kartoffelsorten, die vollkommen widerstandsfähig gegen Krebs** sind, aufmerksam gemacht: A.: Vollkommen widerstandsfähig: Arnika (v. Kammecke), Danusia (v. (Dolkowski), Hindenburg (v. Kammecke), Jubel (v. Richter), Juli (Paulsen), Magdeburger Blaue (Thiele), Nyphrit (Cimbal)., — B.: Fast widerstandsfähig: Beseler (v. Kammecke), Leutschland (v. Paulsen), Hessenland (v. Böhm), Kuckuck (v. Thiele), Parnassia (v. Kammecke), Weddingen (v. Paulsen). — C.: Sorten, die nicht angebaut werden dürfen, da dieselben sofort krebskrank werden: Böhms Erfolg (Böhm), Deodora (v. Kammecke), Professor Gerlach (Cimbal), Geheimrat Maas (Böhm), Juwel (Richter), Magnum bonum (Sutton), Rheinland (Thiele), Vater Rhein (Böhm).

Das Versorgungsamt Soest befindet sich in Soest vor dem Nöttentor 14 und ist unter der Fernsprechnummer 138 zu erreichen. Wir machen hierauf besonders aufmerksam und weisen auf den veröffentlichten Artikel betr. Aufgaben und Zusammensetzung der Versorgungsbehörden hin.

Bergkamen, 15. Sept. (Ein Schülerzug von Bergkamen nach Hamm.) Die Eisenbahndirektion Essen hat auf Antrag des Pfarrers Goßlich einen Schülerzug eingelegt, der vom 15. September (Donnerstag) ab vormittags 7.20 Uhr von Bergkamen-Werne und um 7.29 Uhr von Pelkum nach Hamm fährt, wo er 7.33 Uhr eintrifft. Der Zug verkehrt nur zwischen Bergkamen, Werne, Pelkum und Hamm. Im Interesse der Schüler wie auch der Allgemeinheit wäre es sehr erwünscht, wenn der Zug auch von Erwachsenen benutzt werden dürfte.

Methler, 15. Sept. Die Methler Kirmes, die seit Jahren stets eine große Anziehungskraft ausübte, findet am Samstag, den 17. und Sonntag, den 18. September statt, nicht, wie es irrtümlich der Kalender verzeichnet, am Freitag, den 16. September.

Dortmund, 15. Sept. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei des Wahlkreises Westfalen-Süd findet am 17. und 18. September in Lüdenscheid statt. Am 18. September vormittags 10 Uhr ist die Vertreterversammlung in der Schützenhalle. Als Redner sind die Abgeordneten Dr. Stresemann, Engberding, Dr. Quaatz, Westermann, Dr. Boeltz und Fräulein v. Kulessza gewonnen worden. Nachmittags 6 Uhr sprechen dort in einer Mitgliederversammlung die Abg. Dr. Cremer und Dr. Hugo. Den Mitgliedern der Partei kann der Besuch der Veranstaltungen nur warm empfohlen werden, da sämtlichen Rednern der beste Ruf vorausgeht. Eintritt zu den Veranstaltungen nur gegen Karten, die die Mitglieder bei allen Geschäftsstellen der Deutschen Volkspartei erhalten. — Die Besprechung von Fragen des Handwerks und Kleingewerbes am 17. September nachmittags 6 Uhr findet nicht im Gasthof Trapp, sondern im Saale des Herrn Crummenerl, Schlittenbacherstraße statt.

Mengede, 14. Sept. (Schweres Grubenunglück.) Auf der Zeche Adolf von Hansemann ereignete sich gestern im Kesselhause eine schwere Explosion, deren Ursache zur Stunde noch nicht klargestellt ist. Sofort getötet wurden die Heizer Nikolaus Schmitkling aus Mengede (verh.) und Vinzenz Chogan. Auf dem Transport zum Krankenhause verstarb der Heizer Friedr. Marquardt aus Huckarde (verh.) und im Krankenhause der Heizer Johann Chilla aus Mengede und der Schlosser Felix Feist aus Mengede. Kaum mit dem Leben davonkommen wird der Heizer Emil Rohde aus Mengede sein, während Walter Schäfer, Wilhelm Preuß, Wilhelm Beckmann und Hugo Ortmann mehr oder weniger schwer verbrannt im Krankenhaus in Mengede in Pflege sind.

(E) **Hagen, 14. Sept. (Verhaftung eines Mädchenhändlers.)** Gelegentlich der hiesigen Kirmes machte sich ein junger Mann an junge Mädchen heran, lud sie zu einer Autofahrt ein und versprach ihnen wertvolle Geschenke. Ein Mädchen ging scheinbar auf die Einladung ein, benachrichtigte aber die Polizei und diese nahm den Mann fest, weil sie glaubt, in ihm einen Mädchenhändler gefaßt zu haben, die in der letzten Zeit das Industriegebiet unsicher machen.

* **Hattingen, 14. Sept. Für den Bau** von 12 Neubauten bewilligten die Stadtverordneten 12 Millionen Mark und genehmigten die Aufnahme einer Anleihe in dieser Höhe bei der Westfälischen Heimstätte in Münster.

** **Iserlohn, 13. Sept. (Auch eine Liebesgabe.)** Im Hausflur des Krankenhauses „Bethanien" wurde ein neugeborenes Kind niedergelegt. Es war mit einem Hemdchen bekleidet und in eine rotwollene Portiere gehüllt. Die Kindesmutter konnte bisher nicht ermittelt werden.

* **Brilon, 14. Sept. In Brand geraten** war ein mit der Westfälischen Landeseisenbahn vom Niederbergheim kommender und nach Meschede bestimmter Waggon mit Holzkohlen, sodaß derselbe auf der hiesigen Station ausgeladen werden mußte. Man vermutet, daß die Holzkohlen vor dem Verladen noch nicht ganz erloschen gewesen sind.

* **Lüdinghausen, 14. Sept. (Ein Schenkel.)** Zwei Töchter des Kötters B. in Aldenhoevel im Alter von 8 und 10 Jahren wurden auf dem Wege nach Lüdinghausen, wo sie Brot holen sollten, zu welchem Zwecke sie von der Mutter 31,50 Mark erhalten hatten, von einem 18jährigen Burschen in den Wald gelockt. Der Lump zwang die Kinder, unter Drohung des Totschießens, ihm das Geld zu geben. Dann mußten sie sich beide nebeneinander hinlegen, worauf der Schandbube an beiden ein Sittlichkeitsverbrechen verübte. Darauf fuhr er mit seinem Fahrrad weiter. Vermutlich ist es derselbe Kerl, der dieser Tage an einem 30jährigen Mädchen an derselben Stelle ein Verbrechen begangen hat.

(g) **Boelen, 14. Sept. Im Kampf mit Einbrechern** wurde der Landjäger Albrecht aus Herzebrock erschossen. Diebe waren während der Nacht in Geschäfte in Greffen eingedrungen und hatten u. a. 5 Fahrräder gestohlen. Am Morgen nahm der Landjäger A. die Ermittelungen auf, beschlagnahmte auf dem Bahnhof zwei nach Dortmund aufgegebene Fahrräder und stellte fest, daß die Spitzbuben mit der übrigen Beute die Richtung nach hier genommen hatten. Er verfolgte sie, holte einen von den dreien ein und stellte ihn, um ihn zu verhaften. Sofort kamen die andern in drohender Haltung auf den Beamten zu. Als nun der Gestellte plötzlich querfeldein lief und trotz Anrufes nicht stehen blieb, zog Albrecht seinen Revolver und traf den Fliehenden so, daß dieser niederstürzte und bewußtlos liegen blieb. Nun eröffneten die beiden anderen mit ihren Revolver das Feuer auf den Beamten und töteten ihn auf der Stelle. Sie gingen an die Leiche heran, eigneten sich den Revolver des Beamten an und vertauschten sein Dienstrad mit einem Damenrad (einem von den in Greffen gestohlenen Rädern). Ihren schwer verwundeten Komplizen ließen sie liegen. Auf die Schüsse eilten Leute herbei und benachrichtigten die Polizei. Nachmittags erschien die Staatsanwaltschaft am Tatort. Der schwerverwundete Verbrecher erzählte bei der Vernehmung den Hergang und erklärte, da er bloß einen Schuß von dem Landjäger erhalten habe, während vier Einschlagstellen an seinem Körper festgestellt wurden, so bleibe nur die Annahme übrig, daß seine Kameraden die anderen drei Schüsse auf ihn abgegeben hätten, um ihn mundtot zu machen und sich dadurch vor Verrat zu schützen. Der Verwundete, an dessen Aufkommen gezweifelt wird, ist der Maler Hoß aus Düsseldorf. Nach seiner Aussage ist von seinen beiden flüchtigen Komplizen der eine der stellenlose Schlosser Franz Groll aus Düsseldorf (Worringerstraße); von dem andern sei ihm nur bekannt, daß er mit Vornamen Max heiße.

*

Umwandlung der staatlichen Bergwerke in eine A.-G.?

(bu) Recklinghausen, 13. Sept. An den Besprechungen, die im Verwaltungsgebäude der Bergwerksdirektion Recklinghausen über die beabsichtigte Reform der Verwaltung für die staatlichen Bergwerke stattfanden, nahmen Vertreter des preußischen Handelsministeriums und der Bergwerksdirektion teil. Außerdem waren die Mitglieder des Gesamtbetriebsrats der fiskalischen Schachtanlagen erschienen. Die Arbeitnehmer-Organisationen hatten bekanntlich in einer Eingabe an den Handelsminister die Umgestaltung der fiskalischen Zechenverwaltung gefordert. In Verfolg dieser Eingabe hatte der Minister die Recklinghauser Besprechung veranlaßt, um genaueres über die Gedanken der Arbeiter zu erfahren. In der Eingabe forderten die Arbeitnehmer die Ersetzung des cameralistischen Systems durch eine kaufmännische Verwaltung. In der Besprechung wurde diese Forderung von den Antragstellern eingehend begründet. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Geschäftsführung der einzelnen Betriebsverwaltungen durch das bürokratische Verwaltungssystem außerordentlich erschwert würde. Den leitenden Betriebsbeamten sei die eigene Initiative vollkommen genommen, da sie für jede größere Arbeit und jede Ausgabe erst die Genehmigung der Direktion oder des Ministeriums einholen müßten. Ein modernes Industrieunternehmen lasse sich aber nicht auf einem solchen Instanzenwege verwalten, wenn es Gewinn abwerfen solle. Es sei daher empfehlenswert, die staatlichen Bergwerke in ähnlicher Weise zu verwalten wie die Hibernia, deren Aktien bis auf einen ganz kleinen Rest in Händen des Staates seien. Die Form der Aktiengesellschaft lasse sich auch für die übrigen Staatszechen sehr wohl einführen. Daß diese Gesellschaftsform für die staatlichen Betriebe empfehlenswert sei, gehe schon daraus hervor, daß die Hibernia im Berichtsjahre 19/20 einen Rohgewinn von 13 038 956,46 Mark erzielt hätten, während die bürokratisch verwalteten fiskalischen Bergwerke in ihrer Gesamtheit einen gewaltigen Millionenzuschuß erfordert hätten. Die Vertreter des Ministeriums erwiderten, die Umwandlung der staatlichen Bergwerke in eine A.-G. sei aus steuertechnischen Gründen nicht empfehlenswert. Die staatlichen Betriebe müßten dann auch die Gesellschaftssteuer, die Körperschaftssteuer, die Vermögenssteuer usw. bezahlen, was einer jährlichen Mehrbelastung von 60 bis 100 Millionen Mark gleichkomme. Außerdem sei es fraglich, ob der Reichsrat seine Zustimmung zu dieser Umwandlung geben werde. Demgegenüber betonten die Vertreter der Arbeitnehmer, daß der durch die Umwandlung der staatlichen Bergwerke in eine A.-G. zu erwartende Mehrverdienst die höheren Steuern bei weitem überwiegen würde. Was die Stellungnahme des Reichsrats betreffe, so sei zu bedenken, daß es

---

Lore Werneburg.

Roman von Hedwig von Putkamer.

(Nachdruck verboten.)

28. Fortsetzung.

10. Kapitel.

„Graf und Gräfin Herbert Laxheim geben sich die Ehre . . ." Die alte Gräfin saß in ihrem tiefen roten Lehnsessel am Fenster und hielt in den gepflegten Greisinnenhänden mit den sehr spitzen, sehr rosigen Nägeln das goldgerandete Blatt, das ihr die Einladung zu einer Abendgesellschaft bei ihrem Sohne brachte. Das Lorgnon vor ihren müden Augen zitterte leicht. Sie fühlte es und es ärgerte sie, daß sie noch immer nicht, nach zwei Jahren noch nicht, mit Ruhe und Gelassenheit an die junge Gräfin denken konnte. Wie scharf und bitter der Kampf um dieser Frau willen zwischen Mutter und Sohn gewesen, das wußte niemand. Sie waren beide viel zu gut erzogene Gesellschaftsmenschen, um ihn mit vielen Worten auszufechten oder der Welt zu zeigen, wie tief die Kluft war, die Herbert damals, rücksichtslos gegen die Wünsche seiner Mutter, durch seine Heirat mit „diesem gewissen Fräulein Werneburg" zwischen ihnen aufgerissen hatte. Wie sie das sagen konnte: Es lag eine Welt von Zweifel und Geringschätzung in dem Ton ihrer harten Stimme. Sie reizte damit sogar den alten Grafen, der sonst nie ein Wort des Tadels für ihren Hochmut gefunden hatte, soweit, daß er, der immer Geduldige, sie eines Tages heftig anfuhr: „Es ist nichts gegen die Familie zu sagen. Herbert ist volljährig und kann tun, was er will. Du wirst noch einen Skandal hervorrufen, wenn du fortfährst, in dieser Tonart von deiner Schwiegertochter zu sprechen. Man wäscht seine Familienwäsche nicht vor allen Leuten."

Da war die alte Gräfin trotzig verstummt, vor dem einzigen Grunde, den sie gelten ließ, nur ihren Namen nicht verknüpft mit einer Skandalgeschichte in der Leute Mund: Mochten die Dinge gehen, wie sie wollten, ihr sollte es gleich sein. Am Ende würde es sich doch noch erweisen, daß es nicht gut tat, ein fremdes Reis auf einen so alten Stamm zu pflanzen, mochten sie noch so viel von Blutauffrischung und ähnlichen modernen Dingen reden. Still und argwöhnisch wartete sie, besonders seit sie ihren Gatten in die düstere Erbgruft hinausgetragen, fraß sie ihren heimlichen Groll erbittert in sich hinein, dem die große Herzlichkeit, mit der er der jungen Frau begegnet war, nur neue Nahrung gegeben hatte. Auch daß noch keine Aussicht auf einen Stammhalter vorhanden zu sein schien, kränkte sie. Das war auch so ein moderner Standpunkt: erst als junge Frau sein Leben genießen und dann, wenn Körper und Seele vom Vergnügen erschlafft sind, besinnt man sich auf seine Standes- und Mutterpflichten. In ihrer Jugend war man in erster Linie Mutter, das gehörte sich so für die Trägerin eines alten Namens. Aber was wußte denn dieses Fräulein aus Fabrikantenkreisen von alter Tradition?

Die schweren Vorhänge zum Vorzimmer wurden beiseite geschoben und der Kammerdiener meldete mit verhaltener Stimme: „Frau Gräfin Herbert."

„Ich lasse bitten." Die alte Dame räusperte sich. Immer noch zwang ihr die starke Abneigung die Kehle zu. Dennoch mußte auch ihr besonders kritisches Auge zugeben, es war eine blendend schöne Frau, die da eiligen Schrittes in das dunkle, ernste Zimmer trat und es mit ihrer sonnigen, hellen Frische wie mit Licht und Duft erfüllte.

„Guten Tag, liebe Eleonore."

Um die Welt hätte sie nicht das trauliche „Lore zur Anrede gebraucht. „Es klingt so spießbürgerlich!" sagte sie. Die junge Gräfin, in duftiger Sommertoilette, mit Rosen auf dem großen Tüllhut und Rosen im Gürtel, legte auch der strengen Schwiegermutter einen Strauß prachtvoller La France in den Schoß, indem sie die gnädigst gereichte Hand flüchtig mit den Lippen berührte.

„Hier, liebe Mama, einen schönen Gruß von Herbert", sagte sie heiter, sichtlich bestrebt, eine leichte, liebenswürdige Stimmung zu schaffen. Alle ihre Bewegungen waren sicher und elegant, aus der übermütigen, burschikosen Lore war eine Weltdame von vollendeter Form geworden. „Wie ist es, werden wir die Freude haben, Sie bei uns zu sehen?" Zwischen ihnen herrschte immer noch das steife „Sie", und Lore war ganz einverstanden damit, daß diese förmliche Schranke bestehen blieb. Sie fühlte den beobachtenden Haß der alten Frau nur zu gut und hätte das verwandtschaftliche „Du" gar nicht über die Lippen gebracht. Die Gräfin schüttelte ablehnend das Haupt.

„Sie wissen es ja, Eleonore, ich gehe nicht gerne mehr am Abend aus", auf die Rosen deutend, setzte sie spitz hinzu: „Wie überraschend, daß Herbert sich noch daran erinnert, daß er eine Mutter hat!"

Die junge Frau errötete unter dem versteckten Vorwurf, doch sie bezwang sich.

„Oh, der böse Mensch. Ist er solange nicht bei Ihnen gewesen, liebe Mama? Ich werde ihn ausschelten", scherzte sie.

„Tun Sie das nicht, liebes Kind. Es zeigt weder Geist noch guten Geschmack, seinem Manne eine Szene zu machen."

„Ich habe aber schon die Erfahrung gemacht, verehrte Mama, daß es den Männern zu Zeiten ganz heilsam ist, wenn sie mit Geist und gutem Geschmack an ihre Pflichten erinnert werden. Herbert verträgt es jedenfalls wundervoll."

„Er ist eine weiche Natur und nur zu leicht zu beeinflussen." Die alte Gräfin seufzte nachdrücklich und Frau Lore spürte aus jedem Wort den heimlichen Vorwurf, der ihren Widerspruchsgeist reizte: „Finden Sie wirklich? Ich meine im Gegenteil, daß er furchtbar dickköpfig auf seinem Willen bestehen kann und nun gar, wenn es sich um Dinge handelt, die er in tiefstem Ernst für Recht erkannt hat, dann kann ihn kein Mensch von seinem Standpunkt abbringen."

„Sie dürfen nicht Eigensinn mit Charakter verwechseln."

„Liebste Mama, Sie machen mir ja meinen Herbert schlecht?! Er ist doch auch ihr Sohn, Sie haben ihn doch erzogen."

„Sie irren, meine Liebe, von mir hat er leider zu wenig gelernt. Wenn er meiner Erziehung treu geblieben wäre . . ."

Auf die Gefahr hin, zu allem andern auch noch für unhöflich gehalten zu werden, unterbrach Gräfin Lore den angefangenen Satz; um ihres Mannes willen wollte sie unter allen Umständen neue Bitterkeiten vermeiden. Sie zwang das Gespräch gewandt auf harmloses Gebiet, erzählte allerlei kleine Begebenheiten aus dem Regiment, und hatte die alte Dame schließlich so weit besiegt, daß sie am Abend gedankenvoll in ihrem großen, einsamen Hause auf und ab wanderte, das nur durch ihre feindselige Zurückhaltung so einsam und leer blieb.

Das junge Paar bewohnte eine reizende kleine Villa im Parkviertel der Stadt. Nach dem zierlichen Garten hinaus befand sich eine große Terrasse, die der Lieblingsaufenthalt der Gräfin war. Sie lag im niedrigen Korbsessel, die Füße auf einen Hocker gestützt, der blonde Kopf lehnte weit zurück auf dem Rückenkissen und ihre schönen Augen ruhten zärtlich auf ihrem Manne, der rauchend auf und ab schritt. Es war einer jener wundervollen Spätsommerabende, die den Menschen einhüllen wie die stille, warme Güte einer vom Leben gereiften Frau es tun kann. Der Lärm und Dunst des heißen Tages drang an und für sich schon kaum bis in dieses grüne Gartenland, an solchen klaren, ruhigen Abenden aber lag ein ganz besonders festlicher Friede über „dieser gelebten Welt, die die meine ist", sagte Gräfin Lore sinnend aus ihrem starken Zugefühl heraus. Sie schlang die Arme um die Knie und blickte träumend in den dämmernden Garten hinein.

„Wie still und friedlich es in mir geworden ist, Herbert, seit ich dich habe. Alle Unrast, all das fiebernde Fragen und Wissenwollen um jeden Preis schweigt nun. Du hast mich zur Ruhe geküßt."

„Du sollst darum aber noch lange keine Ruhe vor meinen Küssen haben", murmelte er verliebt und warf die Zigarette fort. Er folgte dem Locken ihrer weichen, kühlen Lippen und neigte sich über sie, bis sie sich sanft aus seinem Arm freimachte. Trotz aller fraulichen Leidenschaft hatte sie sich eine süße mädchenhafte Scheu bewahrt, die ihres Mannes Entzücken war, wenn sie ihr, wie jetzt, ein heißes Erröten in die Wangen trieb. Er zog sie an beiden Händen zu sich hoch, und Arm in Arm, dicht aneinandergeschmiegt, schritten sie langsam auf und ab.

„Es könnte so wunderschön sein, dies herrliche, goldige Leben", sing Lore wieder leise an, „wenn nur — — Herbert, — — ich muß es einmal sagen — — schilt mich nicht: Wenn nur Deine Mutter nicht immer von neuem Bitterkeit und Abneigung in mein Herz senkte."

Es war eigentlich das erste Mal, daß Lore so offen klagte, und sie bereute es auch sofort. Ihr Mann ging zwar liebevoll darauf ein, er fragte auch nach mancher Einzelheit, die scheinbar von anderer Seite in anderer Beleuchtung dargestellt worden war. Dennoch fühlte sie, es war falsch, ihn in die Rolle des Verteidigers zu drängen. Er war zu sehr Sohn seiner Mutter und Sproß der festgeregelten, feudalen Ueberlieferung seines Jahrhunderte alten Geschlechts, um nicht doch, trotz seiner heißen Liebe zu dem schönen Menschenkinde an seiner Seite, die bitteren Gefühle der alten, adelsstolzen Frau voll zu verstehen und zu würdigen. Er zatte sie mißachtet, weil seine Leidenschaft stärker war, als ihre kühl berechnenden Pläne, trotzdem war es ihm unangenehm, die Frau, die schließlich Siegerin geblieben war, anders als mit geduldigen werbender Großmut der Besiegten gegenüber treten zu sehen. Er sprach das ziemlich unumwunden aus, und Lore schmollte.

„Du bist also in erster Linie gehorsamer Sohn — und ich kann zusehen, wie ich noch ein Stückchen von deinem Herzen für mich erhasche."

(Forts. folgt.)

Es war um eine rein preußische Angelegenheit handelt; schließlich würde auch der Reichsrat keine andere Stellung einnehmen können als die Mehrheit der Parlamente, die sicherlich für die angeregte Umwandlung der fiskalischen Bergbauverwaltung eintreten würden. Da es sich nur um informatorische Besprechungen handelte, wurden Beschlüsse nicht gefaßt.

*

Essen, 14. Sept. Der Rheinisch-Westfälische Stenographenbund Stolze-Schrey hielt hier seinen außerordentlich gut besuchten 18. Bundestag ab. Die Verhandlungen leitete Rektor Friedgen, Düsseldorf. Nach dem Bericht des Bundesvorstandes sind im letzten Jahre in Rheinland 30 Vereine mit 713 Mitgliedern, in Westfalen 28 Vereine mit 623 Mitgliedern, zusammen 58 Vereine mit 1336 Mitgliedern neu gegründet worden. Im ganzen zählt der Bund jetzt 430 Vereine mit über 17 000 Mitgliedern. Sonntag war großes Wettschreiben, an dem sich über 1000 Personen beteiligten. In der öffentlichen Hauptversammlung besprach der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Direktor Max Baeckler, Berlin, die Zukunft der deutschen Kurzschrift. Er stellte mit Genugtuung fest, daß die Kurzschrift immer mehr Anhänger und Förderer bei Behörden und Körperschaften fände. Aber mit der Anstellung von Schreibdamen sei es noch lange nicht getan. Bis in die höchsten Stellen hinauf müßten die Beamten in der Lage sein, sich bei ihren Arbeiten der Kurzschrift zu bedienen. Dadurch würde enorme Zeit erspart. Baeckler berührte auch die Frage des Einheitssystems. Er führte darüber aus, vollen Nutzen könne die Kurzschrift erst bei einer Vereinheitlichung schaffen. Leider sei mit der baldigen Erreichung dieses Ziels bei der Eigenbrötelei einiger Staaten nicht zu rechnen. Preußen werde wohl zunächst allein vorgehen müssen. Hier habe Stolze-Schrey durch die Verbreitung, die es aus eigner Kraft gewonnen habe, die größte Anwartschaft. Dem preußischen Beispiel würden sicher die meisten Staaten folgen. Dann müßten die amtlichen Vergleiche der Unterrichtserfolge in diesen Staaten einerseits, in Bayern und Sachsen anderseits die endgültige Entscheidung bringen. Zum Verständnis dieser Gedanken sei beigefügt, daß in Bayern und Sachsen das Kurzschriftsystem Gabelsberger amtlich eingeführt ist. Die nächste Stolze-Schreysche Bundesversammlung ist in Iserlohn.

(W) **Mainz**, 14. Sept. **(300 Mark Geldstrafe wegen einer Kinderfahne.)** Der Vorsitzende der rheinischen Provinzialgruppe der Deutschen Volkspartei, Berck, wurde vom französischen Militärgericht zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er dafür verantwortlich gemacht wird, daß ein 13jähriger Schüler bei einem in Wendelsheim abgehaltenen Festzuge eine schwarz-weißrote Kinderfahne getragen hatte.

Um Stegerwald.

In Essen hat eine Konferenz der christlichen Gewerkschaften des rheinisch-westfälischen Industriebezirks stattgefunden, in der preußischer Ministerpräsident Stegerwald über die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes einen Vortrag hielt. Stegerwald hat seine Ansichten noch am Samstag in seiner Zeitung Der Deutsche unter der Ueberschrift: Realpolitik oder Stimmungspolitik erscheinen lassen und sich dort wie folgt geäußert:

Gegenüber der gegenwärtigen politischen Gesamtsituation vertrete ich die Meinung, daß nicht die Parteischranken der Vergangenheit den Ausgangspunkt für die Politik im nächsten Winter abzugeben haben, sondern die Frage: Wie kommt das deutsche Volk wieder am ehesten aus seinem gegenwärtigen Elend heraus? Dafür ist neben einer steten und zielklaren Innen- und Außenpolitik eines der ersten Erfordernisse die Stabilisierung der Mark. Unser heutiges Valutaelend resultiert meines Erachtens in der Hauptsache aus drei Ursachen: 1. aus unserer von Tag zu Tag sich verschlechternden ausländischen Zahlungsbilanz, 2. aus den großen Defiziten in den Haushaltungen des Reichs und der Länder, 3. aus den zahlreichen Leerläufen in der deutschen Volkswirtschaft. In dem bevorstehenden Winter muß auf diesen Gebieten Durchgreifendes geschehen. Die Reichssteuergesetzgebung ist dabei von entscheidender Bedeutung. Parteischranken, alte Parteidoktrinen und eingewurzelte gegenseitige Voreingenommenheit müssen, wenn das Werk gelingen soll, weggeräumt werden. Das Finanzprogramm der Reichsregierung wird in der Hauptsache von folgender Basis auszugehen haben: 1. gerechter Ausgleich zwischen Besitz- und Massenverbrauchssteuern; 2. größerer Eingriff in die Vermögenssubstanz, der sich nicht wird vermeiden lassen; 3. ausreichende Beschaffung von Devisen. Mit Besitz- und Verbrauchssteuern im bisher üblichen Sinne allein, auch mit der besonderen Heranziehung der Goldwerte, ist die gewaltige Aufgabe nicht zu erfüllen. Was die Reichsregierung braucht, sind langfristige Kredite und ausländische Devisen. Beide sind ohne opferwillige und überzeugte Mithilfe der Exportindustrie und des Großhandels nicht zu beschaffen. Schon früher habe ich ausgesprochen, daß die beiden hauptsächlichsten Aufgaben Preußens in der nächsten Zeit in der Balancierung des Etats und in der Durchführung der Verwaltungsreform bestehen. Dabei spielt die Frage eine entscheidende Rolle: was künftig aus Preußen werden soll und wie das organische Verhältnis zwischen Reich und Ländern zu gestalten ist. Die Stunde ist gekommen, in der sowohl das Reich als auch Preußen seine Politik auf längere Sicht einstellen muß. Reich und Preußen können Uebergangskabinette nicht mehr gebrauchen. Voraussetzung für jede Teilnahme an der Koalition ist: Anerkennung der Verfassung, ihre Vertretung mit allen staatlichen Machtmitteln nach allen Seiten und Ausbau der Verwaltung im Sinne und Geiste der Verfassung. Dafür ist im Reich und in Preußen eine Mehrheit vorhanden. Auch die Modalitäten zu ihrer Zusammensetzung lassen sich finden.

Mit diesen Ausführungen empfiehlt Stegerwald, im Gegensatz zu Wirths Linksorientierung, eine Politik der Mitte. Mit Stegerwald ist der rechte Flügel des Zentrums gleicher Ansicht. Es ist darum bezeichnend, daß die Essener Gewerkschaftstagung eine Entschließung annahm, die besagt: Die Konferenz stellt sich einmütig auf den Boden der Darlegungen Stegerwalds und spricht ihm volles Vertrauen aus. Wer zwischen Stegerwald und den christlichen Gewerkschaften im Lande Zwietracht säen will, beißt auf Granit. Die Konferenz ist zwar der Auffassung, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung die Kraft Stegerwalds dringend und baldigst benötigt; sie verschließt sich jedoch nicht der Notwendigkeit, daß Stegerwald solange in seiner jetzigen Stellung ausharren muß, bis die unumgänglichen Voraussetzungen für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens geschaffen sind.

Der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei hat gestern in Köln eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der Provinzialausschuß bedauert, daß es den bisherigen Bemühungen des Ministerpräsidenten Stegerwald nicht gelungen sei, ein Ministerium auf breiterer Grundlage zu bilden. Wenn eine Politik der Mitte fortgeführt werden soll, dann müsse diese Verbreiterung nach beiden Seiten gleichmäßig stattfinden.

Der Waffenstillstand 1918.

Admiral v. Scheer hatte nach der Ermordung Erzbergers in der „Voss. Ztg." einen Artikel „Politische Morde" veröffentlicht, in dem auch folgender Satz enthalten war: „Wo blieben die zur Führung der schwierigen Waffenstillstandsverhandlungen sachkundigen und besser Befähigten, als so unerwartet der militärische Zusammenbruch eingestanden wurde und das Volk aus allen Himmeln stürzte?" Diese Äußerung wurde sofort von der Linkspresse aufgegriffen und vermutlich sehr gegen die Absichten des Admirals v. Scheer als Beweis dafür angeführt, daß Erzberger nur deshalb die Waffenstillstandsverhandlungen führen mußte, weil die Militärs die Verantwortung scheuten. Hierauf gibt Oberstlt. a. D. Duesterberg, ehemaliger Bevollmächtigter des preußischen Kriegsministeriums bei den Waffenstillstandsverhandlungen, folgende Dar- und Richtigstellung:

„1. Die Oberste Heeresleitung hat schon Anfang Oktober 1918 eine Waffenstillstandskommission aus militärischen und politischen Sachverständigen zusammengesetzt und diese nach Spaa einberufen.

2. An der Spitze dieser Waffenstillstandskommission stand ein Armeeführer, der General der Infanterie v. Gündell, ein Offizier, der in zahlreichen Truppen- und Generalstabsstellen sämtliche militärischen Fragen, die bei den Waffenstillstandsverhandlungen zur Erörterung kommen konnten, als Sachkenner zu beurteilen verstand. Ferner hatte General v. Gündell in seiner Stellung als Chef des Stabes des Ostasiatischen Expeditionskorps Gelegenheit gehabt, dienstlich Verkehr mit den Offizieren sämtlicher fremdländischer Heere täglich zu pflegen. Schließlich war er der Vertreter des Generalstabs bei der letzten Haager Friedenskonferenz. Somit war General v. Gündell wohl eine der geeignetsten Persönlichkeiten, die Waffenstillstandsverhandlungen zu leiten. Außerdem beherrschte er im Gegensatz zu Erzberger vollkommen in Wort und Schrift die französische Sprache.

3. Diese Waffenstillstandskommission, der als politischer Mitarbeiter der damalige Staatssekretär v. Hintze zugeteilt war, hat im Oktober 1918 in verschiedenen Sitzungen im Hauptquartier die politischen und militärischen Richtlinien für die kommenden Verhandlungen festgelegt.

4. Während einer der letzten Sitzungen am 5. oder 6. November erschien in Spaa unerwartet der Minister Erzberger mit einem Ausweis der neuen Regierung, daß er zum Leiter der Waffenstillstandsverhandlungen ernannt worden wäre. Der General v. Gündell mußte herauf sofort sein Amt niederlegen. An Stelle des Staatssekretärs v. Hintze trat der gleichzeitig eingetroffene bisherige Gesandte in Sofia Graf Oberndorff.

5. General der Infanterie Ludendorff konnte, wie die Linkspresse jetzt für richtig hält, an den Waffenstillstandsverhandlungen nicht mehr teilnehmen, da er Mitte Oktober seiner Stellung enthoben und durch General Groener ersetzt worden war. Es unterlag keinem Zweifel für jeden, der die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission wirklich kannte, daß ein General und Militär-Politiker an den Verhandlungen mit Marschall Foch für das deutsche Volk mehr erreicht hätte, als ein militärisch Unbewanderter. Vor allem aber hat das Zerstörungswerk der Revolution den deutschen Unterhändlern von vornherein die Grundlage einer Verhandlung auf dem Boden der Gleichberechtigung entzogen."

Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Der frühere bayrische Kronprinz gilt in Bayern, das zu sehr großem Teil monarchisch ist, in weiten Kreisen für den kommenden Mann, der sich eines Tages nicht bloß die bayrische Königskrone, sondern auch die deutsche Kaiserkrone auf das Haupt setzen werde. Mit den monarchistischen Bestrebungen, die sich an die Person Rupprechts knüpfen, hängt es wohl zusammen, daß unlängst — gewiß nicht gegen den Willen des Prinzen — durch eine bayrische Telegraphenagentur ein Brief veröffentlicht wurde, den Kronprinz Rupprecht im Jahre 1917 an den bayrischen Ministerpräsidenten geschrieben hat. In diesem übte Rupprecht scharfe Kritik an der damaligen Politik des Reiches; er bezweifelt die Wirksamkeit des U-Bootkrieges, fordert Frieden mit Rußland ohne Annexionen und Entschädigungen, bezeichnet die Bombenangriffe auf London als verfehlt und fordert Verhandlungen auch mit den westlichen Gegnern. „Der Kaiser ist", so heißt es u. a. in dem Briefe, „bereits um alles Ansehen gekommen, und die Verstimmung geht soweit, daß ernsthaft denkende Leute bezweifeln, ob die Dynastie der Hohenzollern den Krieg überdauern werde." Der Kronprinz hat in seiner Kritik recht. Aber was hilft das heute? Er hat offenbar keine Ahnung davon, wie man eines Volkes Führer werden kann. Dazu gehört in erster Linie der Mut zur Tat. Rupprecht hat die ungeheure Gefahr, in der Deutschland schwebte, erkannt und nichts getan. Er hat sein Gewissen mit einem gefahrlosen Brief an — den bayrischen Ministerpräsidenten salviert, von dem er genau wußte, daß er die Bedenken in den Akten begraben würde. Selbst die monarchistisch gesonnenen „Leipziger Neuesten Nachrichten" schreiben: „Man muß doch fragen: wenn ein so hervorragendes Mitglied der deutschen Fürstenzunft, wie der Kronprinz Rupprecht von Bayern, 1917 die ganze Politik des Reiches für verfehlt und gefährlich hielt, weshalb ist vom Organ der deutschen Fürsten, vom Bundesrat, denn nie Widerstand erhoben worden? Rupprecht wird sich seine Meinung über die Berliner Politik doch nicht erst 1917 gebildet haben; er wird mit seiner Meinung innerhalb der deutschen Fürstenzunft auch schwerlich allein gestanden haben. Der Bundesrat aber, worin der Widerstand abweichender Meinungen sich verfassungsmäßig hätte geltend machen sollen, ist mit der Berliner Politik durch dick und dünn gegangen. Keine noch so dicke Dummheit in der Reichspolitik, weder die sinnlose Verärgerung der Japaner nach Schimonoseki, noch die überflüssige Reizung der Amerikaner bei Manila, noch die Ablehnung dreier englischer Bündnisangebote, noch die hingebende Unterstützung Rußlands ohne Gegenleistung, noch die Aufpeitschung des französischen Revanchegeistes durch Bülows Marokko-Politik hat den hohen Bundesrat je aus seinem überlieferten Trott herausgebracht. Das kam doch nur daher, daß die deutschen Fürsten letzten Endes zusammengehalten wurden von der Furcht vor der Sozialdemokratie. Man wagte keine Opposition, auch gegen die verfehltesten Maßnahmen nicht, aus Furcht, sie könnte der Sozialdemokratie nützen. Man stemmte sich verzweifelt auch gegen die bescheidensten Reformen, aus falscher Besorgnis, im zeitgemäß umgebauten Staate möchte die „Hochflut des Radikalismus" Throne und Thrönchen hinwegschwemmen. So flüchteten die deutschen Fürsten und ihre Vertreter im Bundesrat sich aus Angst vor dem Mißvergnügen der Regierten doch immer wieder unter Wilhelms faltigen Kaisermantel."

Am merkwürdigsten in dem Briefe Rupprechts sind die Ausfälle gegen den ehemaligen Kaiser. Rupprecht hat es nicht für notwendig gefunden, heute daran irgend etwas zu ändern. Das paßt zu anderem. Vor einiger Zeit berichteten die Blätter über ein Interview, das der nächste Vertraute des Kronprinzen Rupprecht in dessen Vertretung dem Korrespondenten des „Journal des Debats" gewährte. Damals wurde ganz offen angedeutet, daß auch für den preußisch-deutschen Thron ein bayerischer Prinz ausersehen sei. Dient vielleicht auch die Veröffentlichung des Kronprinzenbriefes einer Bewerbung des Hauses Wittelsbach um den Hohenzollernthron? Man weiß ja schon seit langem, daß in gewissen Kreisen an solche Dinge gedacht wird. Aber die Herren, welche in dieser Weise mit dem Feuer spielen, mögen, vor allem angesichts der letzten Ereignisse, ihre Pläne getrost zurücklegen, ganz gewiß aber den, daß ein Wittelsbacher nach der unfairen Handlung Rupprechts jemals auf einen deutschen Kaiserthron kommen könnte.

Das Hausangestellten-Gesetz.

Ueber den Entwurf des Reichsarbeitsministeriums zum Hausangestellten-Gesetz schreibt Dr. Margarete Meseritz in der „Voss. Ztg.":

Bis zum 9. November 1918 waren „die Rechte und Pflichten der Herrschaften und des Gesindes" durch die Gesindeordnung vom 8. November 1810 geregelt. Dieses veraltete Recht galt trotz der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches und obschon es den veränderten Verhältnissen besonders in der Stadt nicht mehr gerecht wurde. Nach Aufhebung dieser Gesindeordnung in den ersten Revolutionstagen fehlten besondere Rechtsbestimmungen für die Hausangestellten, und es trat nun das Bürgerliche Gesetzbuch mit seinen Bestimmungen über den Dienstvertrag in Kraft. Damit war eigentlich der Zustand geschaffen, den die Hausangestellten angestrebt hatten: das Sonderrecht, das sie in eine besondere soziale Klasse herabdrückte, war aufgehoben. Aber ebensowenig wie diese allgemeinen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches für die besonderen Rechtsverhältnisse zwischen dem gewerblichen und dem kaufmännischen Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber ausreichten, genügten sie für das Rechtsverhältnis zwischen dem Hausangestellten und dem häuslichen Arbeitgeber. Dieses Dienstverhältnis erhält noch dadurch einen besonderen Charakter, daß der Hausangestellte in den Haushalt des Arbeitgebers aufgenommen und ein Glied des Haushaltes wird. Aber auch darin, daß die Arbeitseinteilung in jedem Haushalt dem ganzen Familienleben, dem Berufe der Familienmitglieder, den Bedürfnissen der Kinder angepaßt und daher verschieden sein muß, während der Gewerbebetrieb sich nach allgemein gültigen Regeln einrichten läßt. Der Ruf nach einem besonderen Hausgehilfengesetz wurde daher sowohl von seiten der Hausfrauen wie von seiten der häuslichen Arbeitnehmer sehr bald laut. Die Wünsche waren verschieden in Stadt und Land, verschieden auch nach den politischen Anschauungen der Arbeitnehmer. Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt nach langwierigen Beratungen mit den Verbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, also den Hausfrauenverbänden einerseits und dem Zentralverbande und dem Reichsverbande der Hausangestellten anderseits einen Entwurf für ein Hausgehilfengesetz ausgearbeitet, das zwischen den Wünschen der verschiedenen Gruppen einen Ausgleich zu schaffen versucht. Dieser Entwurf ist in den letzten Tagen dem Reichskabinett zugegangen und wird jetzt dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden. Die Vorarbeiten sind durch gründliches Studium der Hausgehilfengesetze anderer Staaten befruchtet worden, und man hat versucht, aus den Fehlern solcher Gesetze zu lernen und sich die Erfahrungen der anderen zunutze zu machen. Schon in der Bestimmung des Personenkreises, für den das Gesetz gilt, kommt dies zum Ausdruck. Es sollen unter das Gesetz alle Hausangestellten in weitestem Sinne fallen, soweit sie nicht dem Versicherungsgesetz für Angestellte unterstehen. Ausgenommen sind ferner solche Angestellten, die in der Hauptsache für den Gewerbebetrieb des Arbeitgebers arbeiten, sowie die, die gleichzeitig landwirtschaftliche Arbeit zu verrichten haben. Der Kreis der Hausangestellten ist somit sehr weit gezogen; es werden eigentlich — und dies im Gegensatz zu dem österreichischen Gesetz, das auch diese Personen mit einbezieht — nur solche Personen ausgeschlossen, die z. B. in kranenlosen Haushaltungen die Hausfrau vertreten.

Die Frage der Arbeitszeit hat schon jetzt viel Schwierigkeiten gemacht; ein Antrag „Aberhold und Müller-Franken" verlangte auch für den häuslichen Arbeitnehmer den Achtstundentag. Der radikale Zentralverband und der Reichsverband der Hausangestellten forderten den zehnstündigen Arbeitstag, während die Hausfrauen nur die Festsetzung der Ruhezeit wünschten, so wie es auch in anderen Gesetzen, z. B. in dem Schweizer Gesetz vom Kanton Ober-Basel geregelt ist. Für die Praxis kommt sowohl bei der Festsetzung der Ruhezeit wie bei der Bestimmung der Arbeitsstunden etwa das gleiche Resultat heraus, aber es entspricht der Vielgestaltigkeit der Hausarbeit viel mehr, wenn nur die Dauer der Ruhezeit bestimmt ist, damit die Arbeitszeit den jeweiligen Forderungen des Tages besser angepaßt werden kann. Der Gesetzentwurf hat dadurch einen Ausgleich zu schaffen versucht, daß er eine dreizehnstündige Arbeitsbereitschaft vorgeschlagen hat. Ein Ausweg, der geeignet sein dürfte, sowohl den Forderungen der Hausfrauen wie denen der Hausangestellten zu genügen. Für die Anstellung ist ein schriftlicher Arbeitsvertrag als Zwang nicht vorgesehen; es ist aber den Ländern überlassen, die Schriftform in ihren ganzen Gebieten oder in Teilgebieten vorzuschreiben. Ein anderer Punkt, der schon viel Zwistigkeiten hervorgerufen hat, ist der des Personalausweises. Die Hausangestellte hatte früher als Ausweis ihr Dienstbuch. Nachdem dieses durch die Aufhebung der Gesindeordnung in Wegfall gekommen ist, hat sich durch das Fehlen jeglicher Ausweise eine große Unsicherheit gezeigt. Wie häufig Zeugnisse, die ja ohne Personalbeschreibung und Lichtbild auf einfachen Briefbogen ausgestellt zu sein pflegen, gestohlen werden, wie großer Schaden dadurch nicht nur den häuslichen Arbeitgebern, sondern auch den Hausangestellten selbst schon entstanden ist, zeigen ja die häufigen Zeitungsberichte über „falsche Dienstboten", ausgeräumte Wohnungen und dergleichen. Man sollte daher meinen, daß die Einführung eines Personalausweises mit Lichtbild auch im Interesse der Hausangestellten selbst liegt, die ja dadurch vor der Verwechslung mit unlauteren Elementen geschützt werden. Jeder Angestellte eines Großbetriebes, eines Ministeriums oder sonst einer Behörde ist mit einem solchen Personalausweis mit Lichtbild ausgerüstet. Der vorliegende Gesetzentwurf hat dann auch aus Gründen der öffentlichen Sicherheit den Personalausweis mit Lichtbild aufgenommen und dabei bestimmt, daß dieser Ausweis immer in den Händen des Hausangestellten zu bleiben hat. (Das Dienstbuch pflegte früher die Hausfrau an sich zu nehmen.) Dagegen wird eine Beglaubigung der Arbeitsbescheinigung, wie sie früher üblich war, nicht verlangt. Zur Einhaltung der Vorschriften soll eine Aufsicht eingeführt werden. Diese Aufsicht soll durch paritätische Hausdienstausschüsse, die bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen einzurichten sein werden, ausgeübt werden. Da an diese Arbeitsnachweise jetzt schon die Schlichtungsausschüsse für die Streitigkeiten zwischen Hausangestellten und Arbeitgebern angegliedert sind, die auch in Zukunft beibehalten werden, bestehen dort infolge paritätische Ausschüsse bereits. Diese Aufsicht soll grundsätzlich nur auf Antrag einschreiten. Ein Einschreiten von Amts wegen ist bei Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen vorgesehen, da man die Jugendlichen vor der Beschäftigung bei sittlich nicht einwandfreien Personen schützen und die Kinderarbeit möglichst beseitigen will. Dieses Gesetz wird, nachdem es wahrscheinlich bei der öffentlichen Beratung noch einige Aenderungen durchzumachen haben wird, endlich den einheitlichen Rahmen geben, in dem das Rechtsverhältnis im Haushalt — den verschiedenen Bedürfnissen der Länder entsprechend ergänzt — eine klare Regelung findet.

*

Kleine Nachrichten.

Das Sanitätsschiff „Triton", das die deutsche Hilfsexpedition nach Sowjetrußland bringen soll, verließ gestern den Stettiner Hafen.

Nach einer Meldung aus Washington hat der dortige französische Botschafter nunmehr die offizielle Bestätigung erhalten, daß Briand selbst die Regierung auf der Washingtoner Abrüstungs-Konferenz vertreten wird. Das englische Ministerium hat mitteilen lassen, daß die englische Delegation sich aus sechs Mitgliedern zusammensetzen werde.

Nach Blättermeldungen aus Oppeln sind die französischen und englischen Verstärkungstruppen in Oberschlesien eingetroffen. Die italienischen Verstärkungen sind noch nicht angekommen.

Der Polizeipräsident von Breslau, Geheimrat Lieberman, ist vom Reichsminister des Innern zur Disposition gestellt worden.

Nach den Informationen, die der Verein der Industriellen für den Regierungsbezirk Köln aus Amerika erhalten hat, ist mit der Fortdauer der Sanktionen wenigstens noch für mehrere Wochen, zu rechnen, bis die Verhandlungen über den Ueberwachungsausschuß zu einem Ergebnis geführt haben.

Durch Verfügung des Reichspräsidenten ist der Geheime Regierungsrat im Reichsschatzministerium Klamt zum Präsidenten der Reichsvermögensverwaltung in Koblenz ernannt worden.

Die „Rote Fahne" meldet den Austritt der K. P. D. aus der kommunistischen Internationale.

Die Königin von Holland und der Prinzgemahl sind in Willingen im Schwarzwald zum Kurgebrauch eingetroffen. Dies ist der erste Besuch ausländischer Fürstlichkeiten seit Kriegsbeginn.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" hören, wird am Mittwoch der Aeltestenrat des bayrischen Landtages zusammentreten, um sich über den Termin der Einberufung des bayrischen Landtages schlüssig zu werden. Die Einberufung wird aber in dieser Woche kaum noch möglich sein.

200 englische Arbeitslose sind gestern nach Frankreich abgereist, um bei den Wiederaufbauarbeiten der zerstörten Gebiete Verwendung zu finden. Weitere Transporte Arbeitsloser sollen folgen.

Aus aller Welt.

— **60 000 Gläubiger mit 100 Millionen Verlust.** Nach oberflächlicher Schätzung wird der Verlust, der die Klante-Gläubiger treffen wird, auf 100 Millionen Mark beziffert. Die Zahl der Gefährdeten soll sich auf 60 000 belaufen.

— **Ein Hapagdampfer gesunken.** Der Dampfer „Abessina" der Hapaglinie, der kürzlich nach England abgeliefert wurde, lief an der englischen Küste auf einen Felsen und sank. Die Mannschaft wurde gerettet.

— **Zugzusammenstoß.** Auf dem Bahnhof in Halberstadt stieß ein Personenzug auf einen Rangierzug. Mehrere Zugbeamte wurden schwer, einige Reisende leicht verletzt. Der Materialschaden ist beträchtlich.

*

Die Millionen der Fürstentochter.

Auf großem Fuße lebte in Berlin seit mehr als zehn Jahren eine Frau, mit der sich jetzt die Kriminalpolizei beschäftigt. Es ist eine 35 Jahre alte, aus Süddeutschland stammende Martha Weisschuh, die früher einmal kurze Zeit im Süden als Schauspielerin aufgetreten ist und von dieser Zeit her noch ihren Künstlernamen Bionda führt. Fräulein Bionda ging, solange sie in Berlin lebt, ihrem Berufe nicht mehr nach, bestritt vielmehr ihren Unterhalt, der nicht ganz billig war, im wesentlichen durch Unterstützungen und Darlehen, die sie sich als „Fürstentochter" verschaffte. Sie behauptete nämlich, daß sie eine uneheliche, einem anderen Ehepaar untergeschobene Tochter eines verstorbenen deutschen Fürsten sei, die aus dem Privatvermögen dieses Fürsten einen hohen Betrag zu bekommen habe. Zuweilen gab sie diese Summe bescheiden auf nur 4½ Millionen Mark an, in anderen Fällen ließ sie sie aber bis auf 70 Millionen steigen. In früheren Jahren hat Fräulein Bionda nach Bekundungen ihrer damaligen Wirtsleute in der Tat wiederholt größere Geldsendungen aus ihrer süddeutschen Heimatsstadt erhalten. Es waren aber jedesmal nur einige Tausende Mark und keineswegs Millionen. Aber die angebliche Aussicht auf sie veranlaßte doch immer wieder leichtgläubige und vertrauensselige Leute, der Dame, die sich ihnen mit Bittbriefen näherte, mit mehr oder weniger großen Summen auszuhelfen. Die Kriminalpolizei ist jetzt bemüht, festzustellen, was an den Erzählungen des Fräuleins Bionda Wahres ist, ob sie tatsächlich irgendwelche Ansprüche hat, oder ob sie diese lediglich erdichtet, um von falschen Vorspiegelungen ein bequemes Leben zu führen. Sich durch irgendwelche Arbeitsleistungen ihren Lebensunterhalt zu erwerben, hat die frühere Schauspielerin fortgesetzt abgelehnt. Die Beschuldigte ist vorläufig auf freien Fuß belassen worden. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sie keine Hochstaplerin ist, sondern an einer fixen Idee leidet. Tatsächlich hat sie gegen die fürstliche Vermögensverwaltung wiederholt Klage geführt, aber stets ohne Erfolg. Auch mit einer Feststellungsklage, daß sie die uneheliche Tochter des verstorbenen Fürsten sei, ist sie abgewiesen worden.

*

— **Deutsche Viehankäufe in Frankreich?** Eine französische Nachrichtenstelle bringt folgende Meldung: Es wird uns bestätigt, daß deutsche Agenten in Frankreich über den Ankauf größerer Viehbestände verhandeln, die über Le Havre nach Hamburg gesandt werden sollen. Man meldet u. a. den Ankauf von 5000 Kälbern in der Gegend von Dreux, von 10 000 in der Gegend von Nancy und von 5000 in der Bretagne. Außerdem meldet man, daß Verhandlungen über den Ankauf von 5000 Hasen in der Gegend von Ofan gepflogen werden. Eine Bestätigung dieser Nachricht von amtlicher deutscher Stelle war bisher nicht zu erlangen.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 15. Sept. Der Musik-Verein Kamen nimmt am heutigen Donnerstag seine Proben für die Aufführungen der nächsten Konzert-Saison wieder auf. Sangeskundige und sangesfreudige Damen und Herren, die dem Chor beizutreten wünschen, wollen sich bei Herrn Sanitätsrat Dr. Luiter oder Herrn Lehrer Lakemann melden. Zur Aufführung gelangen im nächsten Winter: 1. „Weihnachtsoratorium" v. Bach, und zwar am Sonntag, den 27. November 1921; 2. „Deutsches Liederspiel" v. Herzogenberg. (Konzert am Donnerstag, den 23. Februar 1922); 3. „Die Schöpfung" v. Haydn. (Konzert am Sonntag, den 21. Mai 1922).

Astoria-Cafee-Dortmund. Ein übervolles Haus, prachtvolle Blumenspenden, zahlreiche, wohlgemeinte Glückwünsche und eine festlich frohe Stimmung waren beredte Zeichen, unter denen die Eröffnung des Cafees „Astoria" stand. Es freulicherweise wird in Dortmund immermehr besonders Wert auf künstlerische Ausstattung öffentlicher Lokalitäten gelegt. So auch im Astoria-Cafee. Daß diese Tatsache einen belebenden Einfluß auf den Fremdenbesuch ausübt, kann nur freudig begrüßt werden. Das neu eröffnete Cafee „Astoria", früher Cafee „Wintergarten", Brückstraße, zeigt dem Besucher ein vollkommen verändertes Bild. Der ausführende Architekt, Herr Adolf Ott, sowie Hermann Hahs jun. wackere Künstlerschar haben es trefflich verstanden, unter vollständiger Vermeidung von Effekthascherein eine vornehme, intime Raumwirkung zu erzielen, die auf den Besuch dieses so überaus günstig gelegenen Cafees unbedingt einen großen Einfluß ausüben muß. Hier ist wirklich etwas Großzügiges geschaffen und mit Stolz und gerechter Freude kann der Besitzer desselben, Herr Ewald Wiss, auf das Geschaffene emporblicken. In einem erstklassigen Cafee muß selbstverständlich auch das Gebotene erstklassig sein. Auch in dieser Hinsicht ist im Astoria-Cafes bestens gesorgt. Gutgepflegte Dortmunder Hansa-Bier und Münchener Löwenbräu, mundgesuchte Weine, tadellos hergestellte Torten usw. dürften im Cafee „Astoria" besonderen Beifall finden. Ein erstklassiges Künstlerorchester und hervorragend geschulte Vortragskünstler und Künstlerinnen wetteifern sowohl nachmittags als auch abends miteinander, das Beste vom Besten zu bieten. Gleich der erste Abend bewies zur Genüge, daß das Cafee „Astoria" mit dem Engagement dieser Künstler einen guten Griff getan hat. Alles in allem ein voller Erfolg. Ein herzliches „Glückauf!" auch an dieser Stelle.

Berta Kimmel
Fa. W. Geldmacher
Kamen
Bahnhofstrasse 5

zeigt ihre neuen

Herbst- und Wintermodelle

Hüte ⁞-⁞ Pelzmützen ⁞-⁞ Bänder
Gesichtsschleier ⁞-⁞ Brautschleier ⁞-⁞ Brautkränze.

3940

Statt Karten.

Ihre Vermählung zeigen an

Hugo Finke
Ida Finke
geb. Schulze-Bergcamen.

Gummersbach — Bergkamen
den 15. September 1921.
3945

Wilhelm Hagemeier jr.
Möbel-Ausstattungs-Geschäft

Verkaufsräume Unna u. Kamen — Schreinerei Gesellschaftsstr.
1447

Am Samstag, den 17. und Sonntag, d. 18. September
Methler-Kirmes!
Konzert des Lautensängers E. Fülling!!
Es gelangt zum Ausschank: **ff. Friedensbier, Ia. Liköre!** Als Spezialität empfehle: **Westf. Nationalgericht** (Pfefferpotthast)
Restauration H. Gertönis.

Kammerjäger Diekmann
(staatlich konzess., alter Fachmann)
ist gegenwärtig in Kamen und Umgegend und vertilgt radikal unter einjähriger schriftlicher Garantie **Ratten, Mäuse,** auch bei gefüllten Scheunen, Speichern, **Wanzen, Schwaben usw.** nach altbewährter Spezial-Methode, Erfolg bereits ersichtlich innerhalb weniger Minuten. Bestellungen erbitte sofort an die Geschäftsstelle d. Blattes. 3911

! Empfehle mich zum Anfertigen von Bauzeichnungen aller Art, sowie Bauleitungen, statischen Berechnungen in Holz, Eisen, Beton, Eisenbeton, Kalkulationen. 3934
Achtungsvoll **Heinrich Selz,**
Baugewerksmeister, Schützenstraße 1.

Umgepresst
wird jeder 3900
Damen- und Herren-Hut
in wenigen Tagen in tadelloser Ausführung.
Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstr. 57.



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt das ärztlich empfohlene millionenfach bewährte
Kukirol
Schachtel M. 3,50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich

Für Bürotätigkeit nach Hamm werden zum 1. Oktober für die Erledigung handschriftlicher und rechnerischer Arbeiten **mehrere geeignete**

zuverlässige Arbeitskräfte

in Dauerstellung gesucht. Kenntnisse in Schreibmaschine und Stenographie nicht erforderlich. 3902
Angebote mit Zeugnisabschriften, Lebenslauf, genauen Angaben der persönlichen Verhältnisse und Gehaltsansprüchen unter **3902** an die Geschst. d. Bl.

Infolge erhöhter Unkosten treten mit dem heutige Tage folgende Mindestpreise in Kraft.

Rasieren	1.50
Haarschneiden	5.00
(Sp.-Haarschn. höher)	
Haarschneiden für Kinder, kurz	2.00
„ halblang	3.00
Sonnabend-Haarschneiden	6.00
Sonntags „	7.50
Bartschneiden	3.00
Schnurrbartschneiden	0.50
Frisieren	2.00
Kopfwaschen	3.50
für Damen-Kopfwäsche	6.50
„ „ Frisieren	4.00
„ Kinder-Kopfwäsche	5.50
Frisieren (Monats-Abonnement)	40.00

Monats-Abonnement für Rasieren ohne Haarschneiden:

1 mal wöchentlich	5.50
2 mal „	11.00
3 mal „	16.00
4 mal „	20.00
Täglich	30.00

Außerhalb des Geschäfts 50% Aufschlag.

Der Vorstand
der Friseur-Innung Kamen und Unna.

Kranke Frauen Männer
welche bisher keine Hilfe fanden, versuchen Sie mein komb. Heilverfahren bei
Beinschäden, als Krampfadern, Entzündungen, Geschwüren, geschwollenen Beinen, Steifheit, eingewachsenen Nägeln, **Hautleiden,** jeder Art Flechten, Krätze, Hautverdickung, Hautschrunden, Hühneraugen usw.
Frauenkrankheiten, Blutarmut, Bleichsucht, Nerven-, Magen-, Gallen- und Leberleiden, Gicht und Rheumatismus, Wassersucht, Krämpfe (Fallsucht).
Bandwurm, Spul- und Madenwürmer werden in 2 Stunden schmerz- und gefahrlos entfernt.
Bruchleiden werden operationslos nach dem Dr. Reimannschen Heilsystem behandelt.
Niewels Naturheilinstitut Dortmund,
Liebfrauenstraße 20 an der Liebfrauenkirche.
Aeltestes Institut am Platze. Keine Danksagungsreklame.
Sprechstunden täglich (außer Dienstags) von 9 bis 12 Uhr und 2 bis 6 Uhr, Sonntags nur vormittags. 3391

Wollen Sie wirkungsvolle
künstlerische Plakate
zum Aushang bringen? — Dann wenden Sie sich an die
Druckerei der Kamener Zeitung
Kamen.

Die Beleidigung, die ich geg. meine Schwiegermutter Frau Gerh. Hiedkamp von hier nebst Angehörigen ausgesagt nehme ich mit Bedauern zurück.
Frau Friedr. Hiedkamp.

Zukunft
Glück, Gesundheit, Leben Charakter, Schicksal, Geschäft und Streben, Freundschaft Feindschaft, Eheglück, berechne ich aus der Sterne Blick. Senden Sie mir Geburtstag und Jahr und ich sage Ihnen was kommt und was war. Preis 8 Mk., Nachn. 1.50 Mk. mehr. Viele Dankschreiben.
Barkow, Hannover-Wülfel. B. 1129.

Klavierstimmen. 99 3766
Bin in den nächsten Tagen zum Stimmen und Reparieren der Pianos, Flügel und Harmoniums in Kamen anwesend. Aufträge werden in der Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegengenommen.
Ad. Jürgens senior,
Klavierbauer.
Hamm, Nordstraße 8.



Haus
mit Stall u. Garten
letzterer auch als Lagerplatz sehr geeignet, 1315 qm groß, innerhalb der Stadt erbteilungshalber billig zu verkaufen.
Angebote unter **3931** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Haus,
beziehbar, h3875
oder Bauplatz
in Kamen zu kaufen ges.
Angebote unter Nr. **3875** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Würmer!
Radikale Beseitigung durch echtes Wöringshofener Wurmmittel. Alleinecht: Wörishofener Naturheil-Werke, Elberfeld. Niederlage: Drog. H. P. Thiel, Kamen, Westf. Oststr. 21. Hellweg-Drog. J. Knipping in Rünthe. 3335

Mehrere junge 3936
Gänse,
ausgewachsen, ca. 20
Schlachtkaninchen
auch mehr. Rassekaninchen (g. f. Ha.) zu verkaufen.
Obererschlepweg 43.

Ueberzieher
nach Maß gearbeitet, fast neu, zu verkaufen. 3944
Weststraße 26.

Habe noch eine
Wolfshündin u. drei Junge
zu verkaufen. 3910
Klosterstraße Nr. 8.

Flottes
Zweitmädchen
für Haushalt gesucht.
Vorzusprechen 3923
Westfstr. 60.

Für Konditorei und Cafee wird sofort ein
Volontär,
nicht unter 18 Jahren, gesucht. 3941
Persönliche Vorstellung erwünscht.
Wo sagt die Geschft.

Junger Lehr sucht in Kamen 3935
möbl. Zimmer
eventl. mit voller Pension.
Angebote unter **3935** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Bettbarchende

sind wieder in echt roten, vollständig federdichten Qualitäten zu haben und haben augenblicklich wohl den niedrigsten Preis erreicht. Die Preise ziehen an und empfiehlt es sich wohl jetzt undicht gewordene Barchende durch neue zu ersetzen, damit die Betten durch den täglichen Verlust von Daunen und kleinen Federn nicht immer noch minderwertiger werden. Genähte Barchende für Unterbetten, Oberbetten und Kissen sind in meinem Geschäft in allen Qualitäten zu haben. Das Umfüllen der Betten kann in meinen Federräumen vorgenommen werden. Ich empfehle doppelt gereinigte, füllkräftige Federn von Mk. 23,75 an. Noch billigere Qualitäten führe ich nicht, da solche zu wenig Füllkraft haben. — Bettbarchende, säuere-echt rot und garantiert federdicht von Mark 25,50 an.

F. W. Heineke.
3942



DORTMUND
Astoria
früher Café Wintergarten
Vornehmes Café — Bier- und Wein-Restaurant
Brückstraße 39-43. ⁞-⁞ ⁞-⁞ ⁞-⁞ ⁞-⁞ Fernruf 1359.

Neu eröffnet
Ein Familien-Café ersten Ranges.

Täglich nachmittags u. abends Künstler-Konzerte.
Ausserdem: Auftreten erstklassiger Kunstkräfte.
3943 **Ewald Risse.**